

N I E D E R S C H R I F T

über die 27. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 02.07.2019 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Torsten Stommel

Mitglieder

Stadtverordnete Claudia Stevenson

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordnete Christine Stamm

Stadtverordneter Jakob Löwen

1. stellv. Vorsitzender Axel Blüm

2. stellv. Vorsitzender Michael Franken

Stadtverordneter Christian Weiss

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordneter Konrad Gerards

Vertretung für Frau Sabine Grützmacher

Stadtverordneter Reinhard Birker

Stadtverordneter Uwe Schieder

Vertretung für Herrn Thorsten Konzelmann

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

Bernhard Ellerhorst

StVwD'in. Katharina Klein

StIin Jasmin Bitzer

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Stadtverordnete Sabine Grützmacher

Die Niederschrift führt: Jasmin Bitzer

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:19 Uhr

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

T a g e s o r d n u n g

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung stellt der Stv. Gerards den Antrag, die Beantwortung seiner im Vorhinein gestellten Fragen zum Tagesordnungspunkt 7.2 im öffentlichen Teil der Sitzung vorzunehmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass laut Geschäftsordnung Grundstücksgeschäfte unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden, sodass die Beantwortung der Fragen im öffentlichen Teil gegen die Geschäftsordnung verstoßen würde.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung dafür gesorgt hat, dass die beiden gemeinnützigen Vereine sich im Bahnhof niedergelassen haben. Die Stadt habe daher ein Interesse daran, diese sozialen Angebote weitestmöglich zu erhalten. Die Erwerbsinteressenten beabsichtigen eine bereichernde und gebietsverträgliche Nutzung des Gebäudes. Diesen sollte daher offen und fair begegnet werden. Um alle Parteien zusammenzubringen, findet am nachfolgenden Tag (03.07.2019) ein Gespräch mit dem Investor, den derzeitigen Nutzern und dem Kämmerer statt. Herr Helmenstein schlägt als Kompromiss vor, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen, sodass zunächst dieses Gespräch abgewartet werden kann. Die Vorlage soll dann in der nächsten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses erneut zu der Tagesordnung hinzugefügt werden. Er betont, dass es das Ziel sein muss, das Gebäude zu verkaufen, um die Vorgaben des Haushaltssanierungsplans zu erreichen, nämlich sich von Gebäuden zu trennen, die nicht zwingend benötigt werden.

Aufgrund des vorgeschlagenen Kompromisses stellt die CDU die Frage, ob es bei einer Verschiebung in den nächsten Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss aufgrund der damit verbundenen zeitlichen Verschiebung zu Schwierigkeiten seitens der Erwerbsinteressenten kommen könnte. Herr Helmenstein stellt hierzu dar, dass dies nicht der Fall sein wird und die Transparenz in diesem Vorgang sehr wichtig ist. Daraufhin erklärt die CDU, dass sie den Vorschlag mittragen wird, dass die Vorgehensweise der Grünen aber nicht nachvollzogen werden kann.

Durch Abstimmung beschließen die Mitglieder einstimmig, den Tagesordnungspunkt 7.2 zurückzustellen.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Aktuelle Haushaltsentwicklung
- TOP 3 Umbesetzung von Mitgliedern in der Arbeitsgruppe Haushalt
Vorlage: 03852/2019
- TOP 4 Satzung über die Erhebung einer Steuer für die Einräumung der Gelegenheit
zu sexuellen Vergnügungen und das Angebot sexueller Handlungen gegen
Entgelt in der Stadt Gummersbach
Vorlage: 03935/2019
- TOP 5 VI. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern in der
Stadt Gummersbach (Vergnügungssteuersatzung) vom 02.07.2009
Vorlage: 03938/2019
- TOP 6 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 7 Grundstücksangelegenheiten
- TOP 7.1 Verkauf einer Grundstücksteilfläche in Gummersbach-Wasserfuhr
Vorlage: 03943/2019
- TOP 7.2 Verkauf von Grundbesitz in Gummersbach-Dieringhausen
Vorlage: 03946/2019
- TOP 8 Information über den Dienstleistungsvertrag Citymanagement
- TOP 9 Fusion der Dienstleistungs- und Einkaufsgemeinschaft Kommunaler
Krankenhäuser eG im Deutschen Städtetag (GDEKK) und AGKAMED GmbH
Vorlage: 03942/2019
- TOP 10 Mitteilungen

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Öffentlicher Teil:**TOP 1****Niederschrift der letzten Sitzung**

Die Niederschrift wurde einstimmig beschlossen.

TOP 2**Aktuelle Haushaltsentwicklung**Haushaltsjahr 2019

Herr Halding-Hoppenheit stellt fest, dass das Haushaltsjahr 2019 bisher gut läuft. Bei der Gewerbesteuer wurde der Planansatz bereits um 132 T€ überschritten. Im Vorjahr lag man zum gleichen Zeitpunkt noch rund 2,5 Mio. € unter dem Ansatz. Im Bereich der Grundsteuer B wird der Planansatz unterschritten, da einige Bauvorhaben noch nicht umgesetzt wurden. Die übrigen Ertragsarten liegen über dem Planansatz, bis auf die Vergnügungssteuer, da die Umsätze in diesem Bereich deutlich zurückgehen. Dies liegt an gestiegenen technischen Vorgaben, die zum 01.03. d. J. umgesetzt werden mussten, sodass weniger Geld eingesetzt wird und die Gewinne damit ebenfalls sinken. Der Ansatz lag hier bei 900 T€, bisher sind 383 T€ verfügt. Hierzu fragt die SPD, ob nicht bei der letzten Haushaltsplanung schon mit weniger Erträgen geplant wurde, da die neuen Vorgaben bekannt waren. Herr Halding-Hoppenheit erklärt, dass die Erträge im Haushaltsplan 2019 zwar schon gesenkt wurden, die tatsächlichen Erträge aber noch hinter den gesenkten Ansätzen zurück bleiben.

Im Bereich der Aufwendungen gibt es keine außerplanmäßigen Entwicklungen.

Jahresabschluss 2018

Frau Klein erklärt, dass der Jahresabschluss in der nächsten Woche dem Rat vorgelegt wird. Der Überschuss beläuft sich auf rund 590 T€, das ist zwar schlechter als der geplante Ansatz, aber deutlich besser als gegen Ende des Haushaltsjahres erwartet. Dies liegt auch an dem zunächst erwarteten Fehlbedarf im Bereich des Jugendamtes, der aber aufgrund von deutlich höheren Erstattungen nun mit einem Überschuss abgeschlossen hat.

Die Gewerbesteuer liegt rund 2,6 Mio. € unter dem Ansatz, bei den anderen Steuerarten gab es aber Verbesserungen. Im Bereich der Baugenehmigungen wurden 360 T€ mehr eingenommen, auch im Bereich der Mieten konnten aufgrund von steigenden Erstattungen im Asyl Mehrerträge generiert werden.

Das weiterhin niedrige Zinsniveau und die Minuszinsen erreichen eine geringe Belastung im Bereich der Zinsaufwendungen. Die Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung liegen über dem Ansatz, im Bereich der Bewirtschaftungen konnten aber Mittel eingespart werden, sodass diese Bereiche sich insgesamt ergebnisneutral darstellen. Im Bereich der Personalaufwendungen konnte zwar bei den Zahlungen 200 T€ eingespart werden, im Bereich der Rückstellungen lag der Aufwand aber 800 T€ über dem Planansatz. Hier wurde mit den Berechnungsgrundlagen der RVK geplant, diese ändern sich aber oftmals und sind deshalb schwer kalkulierbar.

Ein Sondereffekt ist die Sanierung der Gesamtschule Derschlag. Hier werden die Fördermittel in gleich großen Summen in mehreren Haushaltsjahren ausgezahlt, dies geschieht unabhängig zum tatsächlichen Baufortschritt. Aktuell wurden deshalb mehr Fördermittel eingenommen als Ausgaben für die Sanierung getätigt, hieraus entsteht ein Überschuss in Höhe von 600 T€.

Insgesamt hat das Haushaltsjahr 2018 deutlich besser abgeschnitten als erwartet, sodass das Ziel der Sanierungsplanung erreicht wurde.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Herr Halding-Hoppenheit führt aus, dass es sich um hervorragende Nachrichten handelt und dass die Bemühungen der Vorjahre sich auszahlen. Der Überschuss von 590 T€ hat das durch die Bezirksregierung entgegen gebrachte Vertrauen nicht enttäuscht, sodass die Entscheidung des Verzichts auf Steuererhöhungen im Haushaltsjahr 2019 die Richtige war. Für das Haushaltsjahr 2020 soll ebenfalls das Ziel gelten, auf Steuererhöhungen zu verzichten.

TOP 3

Umbesetzung von Mitgliedern in der Arbeitsgruppe Haushalt

Vorlage: 03852/2019

Die Vorlage wird vorgestellt.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt folgende Umbesetzung in der Arbeitsgruppe Haushalt:

Ordentliche Mitglieder

Stv. Reinhard Elschner

(bisher: Stv. Horst Naumann)

TOP 4

Satzung über die Erhebung einer Steuer für die Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen und das Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt in der Stadt Gummersbach

Vorlage: 03935/2019

Herr Halding-Hoppenheit erläutert die Vorlage.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 1

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt den Erlass der Satzung über die Erhebung einer Steuer für die Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen und das Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt in der Stadt Gummersbach.

TOP 5

VI. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuern in der Stadt Gummersbach (Vergnügungssteuersatzung) vom 02.07.2009

Vorlage: 03938/2019

Herr Halding-Hoppenheit stellt die Vorlage vor. Auf Nachfrage der SPD erklärt Frau Klein, dass es sich um eine Steuererhöhung handelt, die aufgrund der Anpassung an die Sexsteuersatzung vorgenommen wird. Durch die Erhöhung können die fehlenden Erträge im Bereich der Vergnügungssteuer aber nicht aufgefangen werden.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen (bei Stimmenthaltung/en).
Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Enthaltung 1

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses der Satzung über die Erhebung einer Steuer für die Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen und das Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt in der Stadt Gummersbach, den Erlass des VI. Nachtrages zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Gummersbach.

TOP 6

Mitteilungen

Flüchtlingskosten

Herr Halding-Hoppenheit informiert, dass für 2020 und 2021 für die Länder rund 1 Mrd. € im Bereich der Unterbringung von Asylbewerbern bereitstehen, sodass die Kosten der Unterbringung übernommen werden. Für die nächsten zwei Jahre sind die Kosten also gesichert übernommen, fraglich ist aber, wie es in den Folgejahren weitergehen wird. Auf Rückfrage der Grünen erklärt Herr Halding-Hoppenheit, dass die tatsächlichen Kosten übernommen werden und keine Pauschalen angesetzt werden.

Grundsteuerreform

Der Gesetzesentwurf zur Grundsteuerreform liegt vor und es ist sicher, dass es eine Länderöffnungsklausel geben wird. Wichtig ist nun, dass die Bekanntmachung bis zum 31.12.2019 erfolgt, um die Fortgeltungsfrist auszulösen. Geschieht dies nicht, kann ab dem 01.01.2020 keine Grundsteuer mehr erhoben werden, dies würde in Gummersbach bedeuten, dass rund 10 Mio. € fehlen werden. Auf Nachfrage der SPD erklärt Herr Halding-Hoppenheit, dass die Grundsteuer nur dann gerettet ist, wenn das Gesetz verabschiedet ist. Ein Nachreichen von Gesetzesänderungen ist im Nachgang möglich, eine abweichende Länderregelung für Nordrhein-Westfalen könnte dann auch im Nachhinein erfolgen. Zunächst sollte deshalb der Bundesvorschlag angenommen werden, um die Frist zu wahren.